ung.
den übrigen
ich hierdurch
Geschäft nebst
e 28
rauen bestens
fernerhin be-
ring,
zstr. 28.
mein Lager
derstoffen
uesten apar-
Saison sind
hede.
mlung
hr, im Saale des Hr
de statt.;
r 1904 und diesbezügli
waltungsrats.
te an 8 Tage lang
rden zu dieser Versam
Vorstand.
hinen!
"
EN!
len, Flamm-Nußgru
ter W. A. 200
Wilhelm Sties
en, Kreis Rees a. Rh.
en-, Magen-, Leberleide
Donnerstag, 23. Febr.
zering.
Bringsches
kum Ilmenau
n. Elektrotechnik. Abteil.
Technik. u. Werkmeister.
Lehrfabrik
. Belohnung
jenige, welcher mir
nennt, welches am
04, nachm., auf dem
in der Langenberg-
hrend der Schulzeit
en Wurf meinem
wald das rechte Auge
e, daß es entfernt
ußte.
anz van Nüss,
Luisenstr. 10.
übsch
ne zarte, weiße Haut, ros
ches Aussehen u. ein Gesicht
sprossen u. Hautunreinig
daher gebrauchen sie nur
d-Lilienmilch-Seife
n & Co., Radebeul,
arke: Steckenpferd.
fg. bei:
rs-Riegermann,
ers, Geschw. Höpfner.
lterer, fehlerfreier
Jagdhund
kaufen gesucht.
der Expedition d. Bl.
Derjenige, welcher am
ntag in der Wirtschaft
s mir entfallene Porte
gehoben und an sich ge
wird hierdurch ersucht,
ittwoch in der Expedition
abzugeben, widrigenfalls
et wird.

Bocholter Volksblatt

Amtlicher Anzeiger der Stadt Bocholt und benachbarter Orte.

Erscheint wöchentlich 7 mal. Der Samstags-Nummer werden das vierseitige „Sonntägliche Unterhaltungsblatt" und das achtseitige illustrierte Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen" gratis beigelegt. Preis vierteljährlich durch den Zeitungsboten ins Haus gebracht oder von der Expedition abgeholt 1,25 Mark, von der Post abgeholt 1,25 Mark, durch den Postboten ins Haus gebracht 1,67 Mark.

Organ der Zentrumspartei.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Redakteur **Bernhard Fehrecke** in Bocholt.

Fernsprecher Nr. 92.

Anzeigen kosten die Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg. Bei größeren Anzeigen und Wiederholungen derselben gewähren wir entsprechenden Rabatt. Anzeigen-Annahme jedesmal bis nachmittags 5 Uhr vor Ausgabe der betr. Nummer. Größere Anzeigen wolle man uns jedoch möglichst vormittags übermitteln. — Reklamen kosten pro Petitzeile 30 Pfg.

Nr. 50. Druck und Verlag von J. & A. Temming in Bocholt. **Dienstag, 21. Februar 1905.** Für den Reklamen- und Anzeigenteil verantwortlich: A. Temming in Bocholt. **34. Jahrgang.**

Kulturkampf im Reichstage.

Im Reichstage wurde am Samstag die kürzlich abgebrochene Beratung des Toleranzantrages des Zentrums fortgesetzt. Das Wort erhielt zunächst der nationalliberale Abgeordnete Dr. Hieber, dessen kulturkämpferische Neigungen zu bekannt sind, als daß man sich über den heute von ihm unternommenen Versuch, die Intentionen des Zentrumsantrages in ihr Gegenteil zu verkehren, noch wundern könnte. In einer langen Rede bemühte er sich, das Zentrum und die katholische Kirche als intolerant im höchsten Grade und ihre Forderungen als unvereinbar mit dem Wesen des modernen Staates und der Staatshoheit darzustellen, um daraus die Unannehmbarkeit des Antrags zu folgern. Er versuchte dabei, seine Behauptungen durch Heranziehung einzelner Fälle zu belegen. Die Wahl derselben ließ so recht die Aermlichkeit des Arsenals erkennen, aus welchem Kulturkämpfer à la Hieber ihre Waffen entlehnen. Zuweilen riefen seine Ausführungen beim Zentrum lebhaften Widerspruch hervor, zuweilen aber auch eine Heiterkeit, die eine unmittelbare berechtigte Kritik in sich barg. Die Rede lief, wie gesagt, auf gänzliche Ablehnung des Antrags hinaus. Nicht einmal eine Kommissionsberatung erachtete Herr Hieber für angebracht.

Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Graf von Hohenthal bereitete dem Hause eine Ueberraschung dadurch, daß er den Versuch einer Widerlegung der jüngst von dem Abgeordneten Gröber vorgebrachten Fälle von Intoleranz in Sachsen mit der Bemerkung einleitete, die verbündeten Regierungen ständen mit Bezug auf den Toleranzantrag noch heute auf dem Standpunkte, den sie im Jahre 1900 kundgegeben hätten. Der Abgeordnete Gröber nahm später Veranlassung, diese auffallende Erklärung festzunageln. Er bemerkte, daß er sofort versucht habe, den Grafen Hohenthal zu interpellieren; derselbe habe aber gleich nach seiner Rede das Haus verlassen und sei auch durch einen Boten nicht mehr zu erreichen gewesen. Unter diesen Umständen blieb dem Zentrumsredner nur übrig, an die „leeren Bänke des Bundesrats" die interessante Frage zu richten, ob Graf Hohenthal eben im Auftrage der verbündeten Regierungen gesprochen habe. In diesem Falle sei es doch etwas auffallend, daß man gerade den Vertreter Sachsens, des rückständigsten Bundesstaates auf dem Gebiete der freien Religionsübung mit einer solchen Erklärung beauftragt habe. Aus der Erklärung müsse er den Schluß ziehen, daß die verbündeten Regierungen dem Toleranzantrage ablehnend gegenüberständen. Während der weiteren Ausführungen des Abg. Gröber erschien der Staatssekretär des Innern, Dr. Graf v. Posadowsky, am Bundesratstisch. Man erwartete auf verschiedenen Seiten, daß der Staatssekretär eine Antwort auf die Frage des Abg. Gröber geben würde, aber die Debatte ging zu Ende, ohne daß eine solche Antwort erfolgt wäre.

Dieses „Zwischenspiel" bildete zweifellos den interessantesten Punkt dieser Verhandlungen. Der übrige Verlauf derselben war, kurz skizziert, folgender: Dem Abg. Hieber trat zunächst der Abg. Dr. von Jazdzewski (Pole) entgegen, der sich selbstverständlich auf den Standpunkt des Zentrumsantrages stellte und dem nationalliberalen Wortführer kräftig heimleuchtete. Nachdem der Sozialdemokrat Stolle noch einmal die Stellung seiner Partei zu dem Antrage dargelegt hatte, besorgte der Abg. Gröber dieses Geschäft in noch wirkungsvollerer Weise. Zunächst vereitelte er den Versuch des nationalliberalen Redners, den General von Loe und den verstorbenen Papst Leo XIII gegen das Zentrum und die berechtigten Beschwerden der Katholiken in Deutschland auszuspielen. In drastischer Weise erinnerte er dabei an den Mißbrauch, der 1887 mit der Jakobinischen Note getrieben wurde. Dem sächsischen Bundesratsbevollmächtigten gegenüber hielt er die Tatsachen, die er zur Illustration der „sächsischen Toleranz" angeführt hatte, durchaus aufrecht, wie er auch konstatierte, daß alle übrigen Fälle, die er vorgebracht habe, im wesentlichen unbestritten geblieben seien. Er vermehrte diese Fälle noch durch einige weitere. Der Redner ging dann noch einmal auf die Tendenz des Zentrumsantrages ein und betonte wiederholt die Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Toleranz. Die von dem Abg. Hieber aus derselben hergeleiteten Besorgnisse, die sich sogar auf die Möglichkeit der Ausbreitung der Mormonen in Deutschland erstreckten, gab dem Redner Gelegenheit zu einer interessanten Beleuchtung der nationalliberalen Argumentation. Abg. Groeber schloß seine trefflichen Ausführungen mit einer ernsten Aufforderung an alle Konfessionen, in ernster Zeit zu wetteifern, gegenseitig wahre Toleranz zu üben und sich zusammenzuschließen; es gebe der Gebiete zu einer ersprießlichen gemeinsamen Tätigkeit in Deutschland genug.

Nachdem der Sozialdemokrat Hoffmann, der „Zehn-Gebote-Hoffmann" noch einmal in seiner drastischen Redeweise die Dissidenten-Frage behandelt hatte, war die Rednerliste erschöpft. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Bachem faßte im Schlußwort die Hauptgesichtspunkte der Debatte zusammen. Er betonte, daß die religiose Beurteilung der verschiedenen Konfessionen nicht zur Grundlage für die Entscheidung über den Antrag gemacht werden könne und dürfe: ebensowenig die religiöse Praxis. Daß Uebelstände auf dem Gebiete, das der Antrag erfasse, vorhanden seien, sei auch von den Gegnern des letzteren zugegeben worden. Man habe aber die Kompetenz des Reiches bestritten. Durchaus mit Unrecht. Die Verweisung der Angelegenheit an die einzelstaatliche Gesetzgebung bedeute eine dilatorische Behandlung, bei der nichts herauskomme. Für den ersten Teil des Antrags sei die Kompetenz des Reiches zugegeben; konsequent müsse man sie auch für den zweiten Teil zugestehen. Der Antrag des Zentrums sei ein wahrhaft moderner Antrag, denn er fordere die Religionsübung im Sinne wahrer Freiheit. Der Redner begründete dann nochmals den Antrag auf Kommissionsberatung, wobei er, um denjenigen entgegenzukommen, welche für den ersten Teil des Toleranzantrages eine kommissarische Beratung nicht für nötig erachteten, getrennte Abstimmung über die beiden Teile vorschlägt. Da sein Vorschlag Widerspruch fand, blieb es bei der Abstimmung darüber, ob der ganze Antrag an eine Kommission gehen solle oder nicht. Die Abstimmung war auf Antrag des Abg. Freiherrn v. Heyl (natl.) eine namentliche. Für die Kommissionsberatung stimmten 96 Abgeordnete, 64 dagegen. Ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. Da also im Ganzen nur 161 Abgeordnete anwesend waren, war der Reichstag nicht beschlußfähig. Die Abstimmung muß demnach an einem anderen Tage wiederholt werden.

Deutsches Reich.

Bocholt, 21. Februar.

Zur Handwerkerfrage

Aus den Kreisen des Handwerks wird dem Bocholter Volksblatt geschrieben: Zum Beweise, wie wenig Interesse viele Handwerksmeister den Bestrebungen der Handwerkskammern entgegenbringen, und wieviel auf dem Gebiete der Weiterbildung für die jetzigen Meister noch zu tun übrig bleibt, möchte ich Sie auf einen Artikel: „Von der hohen Intelligenz" in der Februarnummer des Amtsblatt der Handwerkskammer Münster i. W. aufmerksam machen. Seitens verschiedener Innungen des dortigen Bezirks war im vorigen Jahre beschlossen worden, auf Kosten und für Rechnung der Innung sämtlichen Innungsmitgliedern das Amtsblatt zuzustellen. Die Zustellung wurde dann auch pünktlich besorgt. Als nun in der letzten Nummer des vorigen Jahrgangs eine Aufforderung zur Zahlung des Abonnementsbetrags erschien mit dem Bemerken, daß in der geschäftsmäßigen Weise die Einziehung durch Postnachnahme erfolgen werde, durfte vermutet werden, daß diejenigen Empfänger des Blattes, welche dasselbe auf Kosten der Innung erhielten, von dieser Aufforderung keine Notiz nahmen, weil dieselbe sie ja gar nichts anging. Trotzdem regnete es an den auf das Erscheinen folgenden Tagen Postkarten in Fülle sämtlich des Inhalts, daß man das Blatt aufbestellte, Zahlung nicht leisten werde, aber nur von denjenigen, welche das Blatt überhaupt nicht bezahlen, sondern auf Kosten der Innung zugesandt erhielten. Das Amtsblatt gibt den getreuen Wortlaut einiger Karten wieder und schreibt dann u. a.:

„Für uns liefern die Zuschriften den Beweis, daß die Schreiber über die Vorkommnisse und Beschlüsse in ihren betreffenden Innungen gar nicht unterrichtet sind, sich um die Innung gar nicht kümmern, denn sonst hätten sie wissen müssen, daß ihnen das Blatt nichts kostet. Es mag nun dahin gestellt bleiben, ob der eine oder der andere Artikel des Amtsblattes für jeden Meister Interesse hat, etwas aber wird jeder auch für seine Verhältnisse passend finden, und der Handwerker sollte sich doch für alle Sachen, die das Handwerk überhaupt berühren, interessieren. Andererseits zeigen uns die vorstehenden Schriftproben, Stil und Ortographie, daß schon die Lektüre einer Zeitschrift den Schreibern bezüglich ihrer Schreib- und Redeweise von großem Vorteil wäre, nur um derselben richtig deutsch lesen und schreiben zu lernen. Warum verstehen heute eine große Zahl von Leuten nicht sich richtig auszudrücken? Weil sie nicht lesen. Wenn mir nun der Lesestoff zugleich eigens für meinen Bruf unentgeltlich zugestellt wird, so wird man es nicht verstehen, wie es noch Handwerksmeister geben kann, die solches ablehnen. . . . Den Schaden von einer solchen absolut unverständlichen Handlungsweise haben weder die Innung noch die Handwerkskammer, sondern lediglich die betreffenden Handwerker selbst. Sie schaden sich aber nicht blos selbst, sondern dem gesamten Handwerk, denn welche Auffassung wird man in den außenstehenden Kreisen vom Handwerk erhalten, wenn so etwas vorkommt. Aus dem vorstehenden ist wiederum ersichtlich ein wie großes Interesse, oder eigentlich welch ungeheuerliche Interessenlosigkeit noch in weiten Kreisen des Handwerks vorhanden ist für alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die Lage des Handwerks zu verbessern. Als wir vor kurzem bei einer anderen Gelegenheit die vorerwähnten Vorgänge zur Sprache brachten, wurde uns von einem Meister geantwortet:

Verwirrte Fäden.

Roman von W. H. Borgmann.

26) (Nachdruck verboten.)

„Er ist krank, hat mir aber aufgetragen, wenn ein Herr mit blauer Brille und blondem Bart nach ihm fragen sollte —"

„Dieser Herr bin ich", fiel der Fremde ein.

„Ich sehe es", nickte die Frau, „folgen Sie mir gefälligst".

Die Frau nahm eine Lampe und führte ihn eine Treppe hoch.

„Wollen Sie gefälligst dort eintreten", sagte sie, auf eine Tür deutend.

Im nächsten Augenblick befand sich der Fremde in einem durch eine kleine Lampe erhellten Vorzimmer: er schlug eine Portiere zurück und trat in ein behaglich durchwärmtes, hübsch ausgestattetes Gemach.

Bei seinem Eintritt fuhr Herbert von Wessenstein erschreckt vom Sopha, worauf er ausgestreckt gelegen, empor.

„Ah, Gott sei Dank, Freund Donaldson!" rief er, sich rasch erhebend, und ihm freudig beide Hände entgegenstreckend.

Der Amerikaner, dessen Bekanntschaft wir im Gasthof „Zur Krone" gemacht, ergriff mit herzlichem Druck seine Hände und entledigte sich alsdann erst seiner Reisevermhüllung.

„Ich bin früher heimgekehrt, als ich geglaubt", brach er, sich neben Herbert aufs Sopha niedersinkend, es freut mich, daß du dich bereits wieder so behaglich eingerichtet hast, — doch hörte ich deiner Hauswirtin, du seiest krank".

„Nun halb und halb bin ichs auch, —" versetzte Herbert, „mir ist die Furcht in alle Glieder gefahren. Lies diesen Artikel!"

Er reichte ihm des Morgenblatt hin.

Donaldson überflog die Zeilen.

„Der Teufel, das darf dich nicht besorgt machen", sagte er ruhig, „man wird es nicht wagen, dich zu verhaften. Den Kopf hoch, Herbert!"

„Hast du an Lieseke gedacht?" warf dieser kleinlaut hin.

„Freilich, dieser Mensch wird beseitigt, — wir schicken ihn nach Amerika.

„Ach, da kennst Du ihn schlecht, Freund Donaldson!" lächelte Herbert trübe. „Lieseke ist allerdings kein Verbrecher, aber ein Säufer, mit seltener Schlauheit begabt, — er läßt sich nicht nach Amerika schicken".

„Wir werden sehen, mein Freund!" — sagte Donaldson, sich eine Zigarre anzündend, „apropos! kennst du den General-Konsul Waldeck? — Ohne Zweifel —"

„Na, freilich, er bewohnt ja augenblicklich meiner Eltern Haus".

„Du wirst die Güte haben, mein Freund, dich rasch umzukleiden, und zum General-Konsul zu fahren, meine Droschke hält noch vor der Tür; du magst sie benutzen".

Herbert blickte ihn erschreckt an.

„Ist das dein Ernst?"

„Vollständig, — Waldeck erwartet dich, — er wird dir das Nähere mitteilen. Vertraue ihm wie einem Vater und ergreife die Hand, welche sich dir bietet. Willst du mir dieses versprechen?"

Einen Augenblick starrte Herbert ihn an wie ein Träumender, dann reichte er ihm entschlossen die Hand.

„Ich verspreche es dir mit diesem Handschlag".

„Gut, dann beeile Dich".

Herbert schritt in die Kammer, um sich umzukleiden, welches Geschäft er bald beendet hatte.

„Noch eins", sprach Donaldson, ihn fest anblickend, „nenne meinen Namen nicht bei dem Konsul, sondern sage, ein Unbekannter habe dich in dein väterliches Haus beschieden".

„Ich verspreche auch dieses", versetzte Herbert, seinen Hut ergreifend, „obwohl ich nicht leugnen mag, daß dieser Gang in meinem Vaterhaus mir sehr schwer fällt; doch habe ich ja keine Wahl mehr".

„Mut, Freund", lächelte der Amerikaner, ihm die Hand auf die Schulter legend, „das Glück muß gewaltsam beim Schopf erfaßt werden, und ich hoffe, wir packen es trotz deines Schwagers Machinationen. Unter des General-Konsuls Flagge steuern wir keck in ein neues Leben hinein."

Herbert lächelte schwach, — ihm wars in diesem Augenblick, als müsse er vor Gericht, um sein Urteil zu empfangen von einem Mann, vor welchem er sein Leben lang eine geheime Scheu empfunden, obwohl Waldeck sich in den verhältnismäßig kurzen Zeiträumen, welche er in der Heimat zugebracht, stets freundlich und mild gegen den jungen Mann gezeigt hatte.

„Du begleitest mich zum General-Konsul?" fragte er, die Tür öffnend.

„Nein, vergiß überhaupt nicht, meinen Namen gänzlich zu verschweigen."

„Ich werde es nicht vergessen, mein Freund!"

Sie verließen das Haus, Herbert stieg in die Droschke, während der Amerikaner dem Kutscher die Adresse aufgab. Dann rollte der Wagen davon.

Ein zufriedenes Lächeln glitt über Donaldsons Züge, er wickelte sich fester in seinen Mantel und schritt eilig durch den Nebel, der ziemlich entfernten Schloßstraße zu, wo sich des General-Konsuls Wohnung befand.

Hier bog er in die Straße hinter der Kirche ein, und befand sich in der nächsten Minute schon vor dem Hause des Professors, dessen Fenster bis auf einige wenige vollständig dunkel waren.

Donaldson stand eine Weile unbeweglich, die blauen Brillengläser unverwandt auf das Haus gerichtet. Dann unterdrückte er einen Seufzer und schien mit einem Entschluß zu kämpfen.

Das Haus war mit einem Vorgarten umgeben, welcher rechts mit einem größeren Garten unmittelbar verbunden war.

Der Amerikaner öffnete geräuschlos die kleine Pforte und schritt leise rechts ab, dem eigentlichen Garten des Professors zu. An dieser Seite des Hauses befand sich das Studierzimmer des alten Herrn, welcher erst vor einer Stunde von seiner Reise heimgekehrt war.

Professor Werner war eine große, stattliche Erscheinung, der Kopf mit dem schneeweißen, schlicht herabhängenden Haar machte den Eindruck eines bedeutenden Charakters, während der Ausdruck der Augen, sowie der Zug um die festgeschlossenen Lippen auf Unbeugsamkeit, aber auch auf einen unbestechlichen Gerechtigkeits Sinn hindeuteten.

Werner war ein unermüdlicher und ausgezeichneter Universitätslehrer. Er saß an diesem Abendüber seinem Schreibtisch gebeugt, und schien angestrengt zu arbeiten; trotz der Strapazen der Reise war keine sonderliche Ermüdung bei ihm zu verspüren.

Er hatte die Roleaux nicht herabgelassen, da er von dieser Seite aus weder Lauscher noch sonstige Störungen zu befürchten haben konnte; die grüne Studierlampe warf ihr dämmerndes Licht auf das ernste Antlitz, welches unverwandt auf ein Papier niederstarrte.

Es war der Brief des Sohnes, welchen Herr von Roden am vorhergehenden Tage der Professorin eingehändigt hatte.

Donaldson trat mit unhörbarem Schritt hinter das Fenster, in dessen Nähe der Professor saß; — er nahm die blaue Brille ab, um den Greis aufmerksamer beobachten zu können, und fuhr sich dann einige Male über die Augen, als blende ihn das Licht ohne die schützenden Gläser.

Wohl eine volle Viertelstunde lang starrte der Professor auf das Schreiben, welches er zum zweitenmale bereits durchlesen und die wechselnden Gefühle seines Innern malten sich deutlich auf seinem Antlitz. Brauchte er doch hier in der Einsamkeit, wo keine Seele ihn behorchen konnte, seine innersten Gefühle nicht zu verbergen.

(Fortsetzung folgt.)

„Es geht den Handwerkern noch lange nicht schlecht genug, denn sonst würden sie wohl mehr Interesse an all den für sie getroffenen Einrichtungen zeigen." Fast sollte man der Ansicht des Meisters zustimmen."

Wir geben diese Zuschrift um so lieber wieder, als wir den Schlußbemerkungen des Amtsblatts in allen Punkten zustimmen können. Das geringe Interesse für die Fach- sowie die allgemeine Handwerkerpresse seitens vieler Handwerksmeister findet sich aber nicht nur etwa im Bezirk der Handwerkskammer Münster, sondern allgemein klagen die Kammern darüber. Die Folge davon ist, daß es die Handwerker im Gegensatz zu anderen Ständen — ohne daß wir den bestehenden Organen zu nahe treten wollten — noch nicht gelungen ist, sich eine großzügige Presse zu verschaffen, die als Anwalt der Handwerkerwünsche sich in der öffentlichen Meinung die genügende Beachtung verschaffen könnte. Die Schuld daran liegt nicht etwa an der bestehenden Handwerkerpresse, sondern vor allem an den Handwerkern selbst, die ihre Presse nicht genügend unterstützen. Wann wird es auch hier mal anders werden? . .

Sozialdemokratische Gewaltherrschaft

macht sich bei den Verhandlungen über Verlängerung des korporativen Arbeitsvertrages im Berliner Dachdeckergewerbe bemerkbar. Letzterer ist eine Errungenschaft der in den Jahren 1900 und 1902 geführten Lohnkämpfe, in welchen die sozialdemokratische und christliche Dachdeckerorganisation gemeinsam vorgingen. Der Vertrag läuft am 1. April d. J. ab. Zur Schlichtung von Streitigkeiten und Verlängerung des Vertrages ist eine Kommission (fünf Arbeitgeber, fünf Arbeitnehmer) eingesetzt, in welcher auch ein Vertreter der Organisation christlicher Dachdecker mitwirkt. Am 13. Februar fand eine Sitzung dieser Kommission statt, um über die Verlängerung des Vertrages zu beraten. In derselben erklärten die Vertreter der sozialdemokratischen Organisation, nicht verhandeln zu wollen, wenn der Vertreter der Christlichen teilnimmt. Nach dem Grunde ihres Verhaltens befragt, gaben sie an, sie erkennen die Organisation christlicher Dachdecker nicht an, mit Unorganisierten verhandeln sie nicht; ihre Organisation habe so beschlossen. Da die Arbeitgeber aber erklärten, ihre Organisation habe beschlossen, auch mit den Christlichen zu verhandeln, brachen die sozialdemokratischen Vertreter die Verhandlungen ab. Sie sind also gewillt, die Vorteile eines korporativen Arbeitsvertrages preis zu geben, nur weil die Christlichen daran teilnehmen sollen. Auf gewerkschaftlichem Gebiet können die Gründe zu diesem Vorgehen nicht liegen, denn man kann die Organisation der christlichen Dachdecker keines gewerkschaftlichen Vergehens beschuldigen. In den Lohnkämpfen ist sie sogar vom Zentralvorsitzenden des sozialdemokratischen Dachdeckerverbandes ob ihres solidarischen Verhaltens belobigt worden. Nur Parteifanatismus kann die Ursache sein. Es zeigt sich hier wieder, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftler die Parteiinteressen vor die Arbeiterinteressen stellen. Würde eine Organisation christlicher Arbeiter so vorgehen, wie der sozialdemokratische Dachdeckerverband, dann würden sich die Sozialdemokraten über den Arbeiterverrat heiser schreien, aber so —! Hoffentlich werden die Berliner Dachdeckermeister, die wohl meistens christlich gesinnt sind, dem Verlangen der Sozialdemokraten ein Paroli bieten und an ihrem früheren Beschluß, mit beiden Organisationen zu verhandeln, festhalten. Die christlich gesinnten Arbeiter Berlins aber mögen aus diesem Vorgang ersehen, daß es die höchste Zeit ist, sich zu organisieren, wenn sie nicht von der sozialdemokratischen Gewaltherrschaft erdrückt werden wollen. Dieses ist nur möglich, weil viele christlichen Arbeiter nicht ihre Schuldigkeit tun und an die sozialdemokratischen Gewerkschaften Beiträge zahlen.

✠ **Bocholt,** 21. Febr. Der Präsident des Deutschen Flottenvereins, Fürst zu Salm, veröffentlicht eine Erklärung, worin er sich dagegen verwahrt, daß in der Budgetkommission die Agitation des Flottenvereins als gemeingefährlich bezeichnet worden ist. Man mag darüber streiten, ob gerade dieser Ausdruck am Platz war; aber daß die Art der Wirksamkeit des Flottenvereins scharfe Abwehr verdient, das geht doch unzweifelhaft aus den Aeußerungen des Staatssekretärs v. Tirpitz hervor, der sagte, der Flottenverein suche ihn zu „übertrumpfen." Wenn unmittelbar nach der Beschlußfassung über ein großes Flottenprogramm dies gleich als unzureichend hingestellt und unsere Flotte dem Auslande gegenüber als ganz unbedeutend hingestellt wird, so fordert das zu scharfer Kritik heraus. Und wo ist die Grenze der Forderungen des Flottenvereins? Sein Organ verlangt jetzt „eine Flotte, die so stark ist, daß sie uns nach menschlichem Ermessen die Segnungen des Friedens garantiert." Wenn das, meint die Frankf. Ztg., überhaupt einen Sinn haben soll, besagt das, daß unsere Flotte derjenigen der größten Seemächte ebenbürtig sein soll, eine so extensive Forderung, daß ihre Erfüllung die Flottenausgaben mehr als verdoppeln hieße, ganz abgesehen davon, daß das sofort entstehende Wettrüsten doch gleich wieder neue Verschiebungen bringen würde. Der Flottenverein läßt in seiner Agitation nicht locker. Um die Frage, woher das Geld für die neuen Auslandskreuzer bezw. Torpedobootsdivisionen genommen werden soll, bekümmert sich anscheinend auch Staatssekretär v. Tirpitz nicht; er macht dies den Flottenverein nach. Die Zentrumsabgeordneten ließen gar keinen Zweifel darüber, daß nicht die indirekten Steuern erhöht werden dürfen! Das Geld müsse vielmehr da geholt werden, wo viel zu haben sei — und das sind wohl durchweg die ersten Interessenten für neue Schiffe. Gröber deutete eine Reichserbschaftssteuer an, Erzberger lenkte daneben die Aufmerksamkeit auf eine Reichsumsatzsteuer für alle Großbetriebe. Die Mitteilung dieser, von v. Tirpitz angekündigten Flottennovelle gab den Zentrumsmitgliedern auch Anlaß, sich sehr scharf gegen die Agitation des Flottenvereins zu wenden. Erzberger wies darauf hin, daß der amtliche Apparat viel zu sehr für diesen arbeite. Es sei sehr bekannt, daß junge Streber im Beamtenstande im Flottenverein eine Rolle spielen wollen und den Mund gewaltig voll nehmen, weil sie wußten, daß sie dann rascher die Treppe hinauffallen. Damit hat Erzberger in die dunklen Winkel der Flottenvereinsarbeit geleuchtet.

§ **M.-Gladbach,** 20. Febr. Der Verband der katholischen Lehrerinnen Deutschlands wird in der Pfingstwoche vom 13. bis 15. Juni d. Js. hier tagen.

§ **Mainz,** 20. Febr. Die Zentrumsfraktion hat in der zweiten hessischen Kammer den Antrag eingebracht, am Oberlandesgericht einen dritten Senat zu schaffen, dafür aber die zwei von der Regierung beantragten Oberlandesgerichtsratsstellen abzulehnen.

§ **Berlin,** 20. Febr. Die bereits einmal unter so auffälligen Umständen verschobene Reise des Prinzen Friedrich Leopold in das Hauptquartier Kuropatkins, die nun endgiltig und unwiederruflich „auf besonderen Wunsch des Zaren" vor sich gehen sollte, hat kurz nach dem mehr als zeremoniellen Empfangen in Petersburg ein jähes Ende genommen: Prinz Friedrich Leopold reiste am Freitag abend von Petersburg nach Berlin zurück. Ueber den Grund dieser höchst auffallenden Unterbrechung kann man einstweilen nur Vermutungen äußern. So nahe es liegt, sie mit dem tragischen Trauerfalle im russischen Kaiserhause in Verbindung zu bringen, kann dieses Ereignis doch nicht der einzige Grund zur Aufgabe der gewiß sehr kostspielig vorbereiteten Entsendung des prinzlichen Attachés sein. Prinz Friedrich hat dem Zaren auch einen Brief überbracht, in dessen Autor man wohl Kaiser Wilhelm vermuten darf. Es ist nun nichts ausgeschlossen, daß der Prinz jetzt mit einer handschriftlichen Antwort des Kaisers Nikolaus zurückbeordert wird. Will man etwa dem Prinzen die Strapatzen einer vergeblichen Reise ersparen, weil er vielleicht nicht mehr zum Studium des Krieges, sondern nur zu — Friedenspräliminarien zurecht käme? Oder hat der Nihilismus in Rußland einen Grad erreicht, der für das Leben des Prinzen Besorgnisse erweckt. Jedenfalls ist der Abschluß des schicksalsreichen Reiseprojekts so verblüffend, daß man auf wichtige Vorgänge zwischen Berlin und Petersburg schließen kann.

§ **Berlin,** 20. Febr. Den Berl. Pol. Nachr. zufolge wird der Minister der öffentlichen Arbeiten v. Budde den Kaiser auf dessen Einladung auf seiner Mittelmeerfahrt begleiten. Man rechnet zuversichtlich darauf, daß die Kanalvorlage bis dahin vom Herrenhause verabschiedet ist.

§ **Berlin,** 20. Febr. Der Verein zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik hat einen Bericht über die Geschäftslage der deutschen elektrotechnischen Industrie im Jahre 1904 herausgegeben. Wir entnehmen daraus, daß anläßlich der amtlichen produktionsstatistischen Erhebungen im Jahre 1900 die gesamte Arbeiterzahl der elektrotechnischen Industrie auf 26,321 Köpfe im Jahre 1895 und auf 54,417 Köpfe im Jahre 1898 festgesetzt wurde gegenüber der heutigen Ziffer von 72,500. Ende des Berichtsjahres arbeitete in der elektrotechnischen Industrie ein Betriebskapital von rund 600 Mill. Mk.; hiervon entfielen auf 35 Aktiengesellschaften an Aktien- und Obligationenkapital, an Hypothen- und Bankgeldern, an Reserve- und anderen Fonds etwa 500 Mill. Mk, auf die anderen Unternehmungen rund 100 Mill. Mk.

§ **Berlin,** 20. Febr. An den 21 Universitäten des Deutschen Reiches sind im laufenden Wintersemester 39,719 Studierende immatrikuliert, gegen 38,614 im letzten Sommersemester und 37,551 im Winter 1903/04; im Anfang der 50er Jahre waren 12,426 Studenten, 1871/72 waren 15,227, 1881/82 22,863, 1884 85 26,225, 1890/91 28,359, 1896/97 29,467, 1899/1900 32,834, 1901/02 35,518, 1902/03 36,652.

§ **Kattowitz,** 20. Febr. Das Zentrumskomitee für Beuthen-Zabrze-Tarnowitz-Kattowitz beschloß, bei der Ersatzwahl an Korfantys Stelle den Geheimrat Letocha als Reichstagskandidaten aufzustellen. Die deutschen Parteien haben Oberbergrat Hilger in Aussicht genommen.

Umsonst

erhält jeder von heute ab das **Bocholter Volksblatt,** der zum 1. März ein Abonnement bestellt.

Wer eine gut und gewissenhaft redigierte, dabei billige, **täglich** erscheinende Zeitung beziehen will, der wende sich dieserhalb **sofort** an unsere Boten oder an die Geschäftsstelle oder an die Post.

Redaktion und Verlag des Bocholter Volksblatts.

Ausland.

Rußland.

Zur Ermordung des Großfürsten Sergius.

Es ist nur zu begreiflich, wenn aus Petersburg berichtet wird, daß die Nachricht von der Ermordung des Großfürsten Sergius am Kaiserhofe tiefe Erregung und Bestürzung hervorgerufen hat. Sie zeigt aufs neue, daß alle Sicherheitsmaßregeln der Polizei, an denen es in Moskau nicht gefehlt haben wird, gegen solche Leute erfolglos sind, die ihr eigenes Leben zu opfern bereit sind, um ein anderes zu nehmen. Gerade die Geschichte Rußlands hat gezeigt, daß es auch in der neuesten Zeit nicht an entschlossenen Russen fehlt, die ihr Leben für nichts achten, wenn es sich um die Erreichung ihrer Ziele der Freiheit handelt. Daß der Zar einem Attentat als solchem nachgeben und daraufhin seine Politik ändern sollte, halten wir für ganz unwahrscheinlich, wohl aber wird dieser furchtbare Mord auch für die obersten Kreise ein grelles Licht auf die Zustände in Rußland werfen und auf die schlimmen Erscheinungen, die die letzte Zeit zutage gefördert hat. Wird daraus die Folgerung gezogen werden, daß man dem Schrecken mit dem Schrecken, oder mit Reformen begegnen muß? Das ist die Frage, die jetzt den Zaren und seine Ratgeber beschäftigt und deren Lösung nur von ihnen gefunden werden kann.

Aehnlich wie bei der Ermordung Plehwes stellen die Blätter auch jetzt nach dem Tode des Großfürsten Sergius Betrachtungen darüber an, ob diese Taten des Terrorismus die Aera der Reformen in Rußland beschleunigen oder verhindern werden. In diesen Betrachtungen kommt ja nach dem Parteistandpunkte mehr die theoretische und historische Spekulation, als die Kenntnis der augenblicklichen tatsächlichen Verhältnisse und Stimmungen des russischen Hofes und der Regierung zum Ausdruck. Sie alle in der Hauptsache wiederzugeben, gestattet nicht der Raum. Recht interessant und beachtenswert ist das Stimmungsbild der Magdeb. Ztg., die auf den letzten Streik im Ruhrrevier exemplifiziert und u. a. sagt:

„Mit der blutigen Niederwerfung der ersten Massenbewegung war der erste Akt des geschichtlichen Dramas beendigt. Abgeschlossen aber ist das Drama sicher nicht. Das lehren die schrecklichen Attentate! Oder glaubt das verblendete russische Beamtentum wirklich, eine Bewegung, die das ganze Volk durchzittert, für die Dauer durch eine Militärdiktatur und Kanonen bewältigen zu können? Ein Vergleich, nicht allein mit der Vergangenheit, sondern auch mit der allernächsten Gegenwart, mit dem durchaus gesetzlich und ruhig verlaufenden Kohlenstreik im Ruhrrevier könnte die russische Regierung eines Besseren belehren, wenn sie lernen wollte. Eben dadurch, daß diese letzteren Bewegungen an die Oeffentlichkeit appellierten, daß ihre Forderungen im Parlament beraten werden können, verliert sie jede gefährliche Bedeutung für den Staat, trotzdem sie schwere wirtschaftliche Nachteile zeitigt, trotzdem ein großer Teil der streikenden Arbeiter sich zu einer staatsfeindlichen Partei bekennt. Gewaltsam unterdrückt, würde sie sich in gefährlichen Explosionen Luft gemacht haben. Belehrend ist auch hier vor allem das Beispiel Englands, wo die ursprünglich theoretisch-revolutionäre Charlistenbewegung schließlich sich in eine riesige soziale Reformbewegung umsetzte, eben weil sie mit der öffentlichen Meinung in Fühlung blieb und ihre Führer sich dadurch ihrer Verantwortung bewußt wurden und blieben."

Amerika.

Ehrung des deutschen Kaisers.

Die Geneigtheit Kaiser Wilhelms, den Titel eines Ehrendoktors der Rechte von der Universität Pennsylvaniens zur Feier von Washingtons Geburtstag anzunehmen, wird in Amerika als ein weiterer Beweis seiner freundlichen Gesinnung gegenüber den Vereinigten Staaten aufgefaßt. Der Kaiser wird der erste Monarch sein, der in dieser Weise durch eine amerikanische Anstalt geehrt wird. Er hat den Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg angewiesen, das Diplom führ ihn in Empfang zu nehmen. Präsident Roosevelt wird zu gleicher Zeit denselben Grad erhalten.

Der Ausstand der Bergarbeiter.

Ausstand im Ruhrrevier.

Die Kohlenbarone — „erstklassige" Menschen.

Einen Beitrag zu dem Kapitel „Minister und Kohlenbarone" liefert eine Erzählung, die ein Dortmunder Blatt bringt. Ein Herr aus dem Kreise der Großindustriellen soll zum Handels-

Kleines Feuilleton.

Mehr Pflege des Gemeinsinnes! Wer einen Einblick in das sogenannte moderne Leben unseres Volkes tut, dem wird es sofort bewußt, daß diesem Leben vor allem jenes Maß von geistiger und sittlicher Kraft fehlt, welches notwendig ist, um eine Nation auf der Höhe der Kultur zu erhalten. Ueber das Tun und Treiben der gegenwärtigen Gesellschaft hat sich zwar eine Art goldschimmernden Glanzes ausgebreitet, der blendend wirkt, aber der Luxus und der Prunk, den wir vor uns sehen, ist eine Nebelhülle, die nur leicht die innere Hohlheit verdeckt.

Sobald man mit kritischem Auge hinschaut und diese Hülle durchdringt, findet man ein ebenso häßliches, wie abstoßendes Bild, das in bunten und grellen Farbentönen den geistigen und moralischen Tiefstand der Zeit erkennen läßt. Mit anderen Worten: vor dem Blicke erscheint ein wirres Durcheinander von Hasten und Jagen nach Geld und Gut, das die Gesellschaft in einen Knäuel ringender und kämpfender Individuen verwandelt, deren Streben es ist, ein Ziel: den Becher der Lust zu erreichen und diesen in gierigen Zügen bis zur Neige zu leeren. Ueber dem Ganzen lagert der betäubende Dunst einer gewitterschwangeren Atmosphäre, und man hat das unbestimmte Gefühl, als ob eine vernichtende Katastrophe unvermeidlich sei; denn der Schauplatz des gewaltigen Durcheinanderwogens erfüllt Kampfgetöse, jauchzende Lust und — Wehegeschrei.

Die Hauptursache dieser Erscheinung ist die geistige und moralische Entartung, die überall Platz gegriffen und Tausende und Abertausende der Freude an dem wahrhaft Schönen, Guten und Edlen beraubt hat. Das Sinnen und Trachten der Menge ist auf die möglichste Befriedigung ihrer zügellos gewordenen Lüste und Leidenschaften gerichtet, und infolgedessen kennt sie kein Verlangen nach geistiger Erhebung. Das aber bedeutet den moralischen Niedergang, der sich durch zahlreiche und mannigfache äußere Zeichen innerhalb der Gesellschaft bemerkbar macht, die die innere Verflachung und die Verrohung des Herzens- und Gemütslebens dokumentieren. Es ist daher dringend geboten, dieser unheildrohenden Erscheinung gegenüber Mittel und Wege zu suchen, um die Gesellschaft aus dem Zustande, in den sie hineingeraten ist, zu befreien und ihr die Quelle der Kraft zu geistig sittlicher Erhebung zu erschließen. Von ganz besonderem Werte für eine solche Tätigkeit ist zweifellos das Bestreben, den Massen des Volkes Sinn und Verständnis für die geistigen Schätze beizubringen, deren gerade die deutsche Nation in den Werken ihrer Dichter und Denker eine Fülle besitzt, und die, wenn sie zum Gemeingute werden, einen wohltätigen Einfluß auf das gesamte soziale Leben ausüben müssen. Wir haben deshalb mit großer Freude Kenntnis von einem Rundschreiben genommen, welches vor kurzem der Münstersche Regierungspräsident, Freiherr v. Gescher, erlassen hat und in dem derselbe die Schaffung und Förderung von Volksbibliotheken befürwortet und empfiehlt. Ohne Frage ist es von großer Wichtigkeit, wenn dem Volke Gelegenheit gegeben wird, sich mit leichter Mühe eine gediegene geistige Nahrung zu verschaffen, und wenn andererseits nichts verabsäumt wird, um die breiten Schichten der Bevölkerung dazu anleiten und dafür zu begeistern, sich mit dem vertraut zu machen, was wir an Schönem, Gutem und Erhabenem in der großen Schatzkammer unserer Literatur besitzen. Sobald im Volke der Vorteil und der unvergleichliche Genuß erkannt wird, den geistige Beschäftigung bietet, eröffnet sich uns auch die Aussicht auf eine geistig-sittliche Erhebung der Gesellschaft; denn es wird dann der unselige Hang und Drang nach den Vergnügungen und grobsinnlichen Genüssen schwinden, der heute so demoralisierend auf Unzählige einwirkt, und damit die Freude am häuslichen Leben und an dem Verweilen im Familienkreise von neuem erwachen, die in der Gegenwart gar vielen zu ihrem eigenen und zum Schaden der Gesellschaft vollständig fremd ist. Sind wir aber erst so weit gekommen, daß das Haus wieder die traute Heimstätte ist, die die Gatten, die Eltern und Kinder in schöner Weise vereinigt und dort der Geist gebildet, Herz und Gemüt durch den Einfluß einer anregenden, belehrenden, erhebenden und erbauenden Lektüre veredelt wird, dann dürfen wir gewiß sein, daß unser ganzes soziales Leben ein viel besseres Gepräge erhält, als wie dasjenige es ist, was uns zur Zeit mit Furcht und Bangen der Zukunft entgegensehen läßt. Gute Bücher sind vortreffliche Freunde und Wegweiser für jedermann und für die Wohlfahrt des Volkes weitmehr wert, als das Hasten und Jagen nach greifbarem Gewinn, durch welches nur verderbliche Leidenschaften erweckt und genährt werden, aber kein edles Denken und Empfinden im Menschen zur Geltung kommt. Lasse man sich darum überall die geistige Bildung, die Veredelung des Herzens und Gemütes unseres Volkes in allen seinen Schichten angelegen sein: denn hierin sind uns die Mittel gegeben, die geistig-moralische Erneuerung der Gesellschaft herbeizuführen.

— **Eine Durststatistik.** Nach einer soeben vom englischen Handelsamt veröffentlichten Statistik über den Durst der Welt sind Großbritannien und Irland und Deutschland, deren Einwohner lange die stärksten Biertrinker Europas waren, von dem kleinen Belgien geschlagen worden. Danach kommen im Jahre 1903 in Belgien auf den Kopf der Bevölkerung je 214,5 Liter Bier, im Vereinigten Königreich 133,5 Liter und in Deutschland nur 115,2 Liter. Der Durst der Bewohner des Vereinigten Königreichs hat überhaupt nachgelassen. Gegenüber dem Jahre 1902 wurden dort im Jahre 1903 47 911 500 Liter Bier, 9 864 000 Liter Spirituosen und 6 340 500 Liter Wein getrunken. Deutschland braut mehr Bier als alle anderen Staaten: 7 096 248 000 Liter; dann folgt das Vereinigte Königreich mit 5 757 151 500 Liter, und an dritter Stelle kommen die Vereinigten Staaten mit 5 420 047 500 Liter. Die meisten Spirituosen werden in Rußland erzeugt; in Dänemark werden dagegen die meisten getrunken, nicht weniger als 13,5 Liter jährlich kommen auf den Kopf der Bevölkerung. In der Erzeugung von Spirituosen kommt das Vereinigte Königreich an sechster Stelle, im Verbrauch erst an achter. Als weintrinkendes Land ist der von 13 europäischen Staaten das letzte. Der Porte niemals, seitdem die Statistik geführt wird, hat sich der Weinkonsum eine halbe Galone ($2^1/_2$ Liter) pro Kopf der Bevölkerung erreicht.